

Rede des Parteivorsitzenden Rico Gebhardt auf dem 12. Landesparteitag

Es gilt das gesprochene Wort!

Liebe Genossinnen und Genossen,
sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,
verehrte Gäste des Landesparteitages,

die Landtagswahl 2014 ist gerade ein Jahr her, aber wenn ich ehrlich sein soll: Es kommt mir viel länger vor.

Die Situation in Sachsen hat sich seitdem dramatisch verändert. Kaum ein Tag ist vergangen, an dem der Freistaat nicht mit negativen bundesweiten Schlagzeilen aufgefallen wäre. Immer wieder höre ich die Frage: Was ist denn bei euch in Sachsen los?

Da das der erste Parteitag nach den Landtagswahlen ist, sei mir erlaubt, doch noch eingangs ein paar Worte über diese Wahl zu verlieren.

Ich weiß: Das Landtagswahlergebnis 2014 war keine Glanzleistung. Wir haben vor einem Jahr – gemessen an unseren eigenen Wahlzielen – eine Niederlage hinnehmen müssen. Diese Worte wird der ein oder andere nicht gerne hören. Andere haben vielleicht darauf gewartet, aber so ist es nun einmal: Wir haben einen Gutteil unserer selbstgesteckten Ziele verfehlt. Punkt!

Zwar hat die CDU ihre frühere absolute Mehrheit erneut nicht zurückerobert, aber wir waren ebenso weit entfernt, den angestrebten Politikwechsel im Freistaat zu erreichen. Wir haben – wie schon 2009 – Federn gelassen. Die Verluste der CDU können nicht darüber hinwegtäuschen.

Nun scheint es ein Phänomen linker Parteien zu sein, dass nach einem Wahlgang jeder sofort weiß, woran es eigentlich gelegen hat. Sätze wie: „Ich hab es ja schon immer gesagt!“, „Der abgehobene Landesvorstand!“, „Die falsche Wahlstrategie war schuld!“, „Hätten wir ein Friedensplakat gemacht, dann wäre alles anders gekommen!“, „Nicht radikal genug!“, „Zu angepasst!“ oder die Alternative dazu „Zu unangepasst“, „Zu anders, irgendwie entfernt von den Menschen im Freistaat!“... waren zu hören. Für jede Sichtweise werden ernst zu nehmende Argumente vorgebracht. Oft noch dadurch verstärkt, dass die Genossinnen und Genossen vor Ort das genau so sehen würden.

Liebe Genossinnen und Genossen,

das ist auch okay so. Es ist vollkommen in Ordnung, dass wir uns in der Sache streiten, wenn wir Wahlen auswerten. Wir streiten uns ja auch, wenn wir Wahlen vorbereiten. Das ist es ja, was linke Politik ausmacht. Eine lebhaftere Streitkultur. Beteiligung. Wir wollen Debatten führen. Ja, wir müssen Debatten führen.

Wir haben in der Vorbereitung der Wahlen versucht, so viele wie möglich in die Entscheidungsfindung einzubeziehen. Und wir haben auch die Wahlauswertung so breit wie möglich angelegt. Der Landesvorstand hat Regionalkonferenzen durchgeführt und eine Strategiedebatte angestoßen, um aus dem Landtagswahlkampf 2014 zu lernen.

Die Beteiligung an dieser Strategiedebatte war beeindruckend. Genau in dieser Beteiligung liegt die Stärke unseres Landesverbandes: Wir sind in der Lage, Debatten zu führen. Das unterscheidet uns übrigens von der anderen großen Partei in Sachsen, der CDU: Die CDU kriegt parteiintern keine einzige wirkliche Debatte auf die Reihe. Bei uns ist das ganz anders: Die Vielzahl an Papieren, die in den letzten Monaten in unserer Partei entstanden sind, bestätigt das.

Auch, dass heute diesem Parteitag mehr zur Beratung vorliegt als nur der Leitantrag, finde ich überhaupt nicht schlimm. Im Gegenteil. Es ist ein Ausdruck einer lebendigen Debattenkultur in dieser Partei. Der Leitantrag ist Ergebnis – bis auf wenige Passagen - unserer gemeinsamen inhaltlichen Arbeit in Parteigremien. Er ist Produkt dieser breit angelegten Debatte. Zu ihr gehören nun auch weitere Anträge, die ihrerseits das Ergebnis von Diskussionen sind, die Genossinnen und Genossen miteinander geführt haben. Diese breite Debatte ist wichtig, wollen wir nicht in uns selbst erstarren. Wir debattieren. Wir ringen miteinander. Wir suchen den besten gemeinsamen Weg. Das ist eines unserer Markenzeichen!

Ja, liebe Genossinnen und Genossen, eines müssen wir mit Blick auf die Landtagswahlen zur Kenntnis nehmen: Das sind unsere Stimmenverluste. Wir können viel darüber reden, ob die eine Position das Pendel in die richtige Richtung hätte ausschlagen lassen oder das andere Plakat es geschafft hätte. Über die Hälfte unserer Verluste in diesem Wahlgang sind zustande gekommen, weil die Menschen, die uns 2009 noch gewählt haben, das 2014 gar nicht mehr konnten. Sei es deshalb, weil sie verstorben sind, sei es, weil sie fortgezogen sind.

Es gibt nur eine Partei – nehmen wir die AfD mal raus, die ist zum ersten Mal angetreten -, die dem demographischen Wandel in der Gesellschaft trotzt. Das sind die Grünen. Alle anderen Parteien verlieren Wählerinnen und Wähler im Saldo der Verstorbenen und der Erstwähler_innen. Aber es gibt auch nur eine Partei, die sowohl bei der natürlichen Bevölkerungsentwicklung, als auch beim Saldo der Zu- und Fortzüge nach Sachsen verliert: Das sind wir.

Die Gründe dafür sind verschieden. Ihre tiefgründige Analyse würde die Redezeiten eines Parteitags sprengen. Genau hier liegt unsere Herausforderung. Wenn wir wissen, dass unser angestammtes Wählerpotential sinkt, liebe Genossinnen und Genossen, ist es dann nicht überlebensnotwendig, neue Milieus zu erschließen?

Ich bin der festen Überzeugung, und das haben Antje und ich schon kurz nach dem Wahltag 2014 gesagt: Wir müssen unsere Oppositionspolitik neu erfinden. Nicht unbedingt inhaltlich. Ich bin mir sicher, wenn wir uns tief in die Augen blicken, dann wissen wir, dass wir alle hier zu 90 bis 95 Prozent in inhaltlichen Fragen einer Meinung sind.

Ich meine, es sind Mittel und Wege, Methoden und Schwerpunktsetzung, die wir hinterfragen müssen. Wie sprechen wir Menschen mit unserer Politik an? Wie können wir aus der Opposition heraus Schwerpunkte und Themen setzen, auch vor dem Hintergrund geringer werdender Kräfte in der Partei? Ich meine, eine Stärke, die wir dabei haben, ist unser Pluralismus.

Ja, die fünf bis zehn Prozent Trennendes, die gibt es. Ja, die Art und Weise, wie wir auf Menschen zugehen, unterscheidet sich. Aber verdammt noch mal, das müssen wir lernen, als Stärke zu begreifen! Ich bin zum Beispiel nicht die Idealbesetzung für Reden in sogenannten linksalternativen Milieus. Da lasse ich gerne anderen den Vortritt. Umso wichtiger ist es, dass

es Leute gibt, die das können und unsere Politik dort vermitteln. Und wenn wiederum diese Leute nicht in der Lage sind, in einer Plattenbausiedlung oder in der Kleingartensparte mit den Menschen warm zu werden, dann ist das kein Beinbruch. Denn da gibt es andere Genossinnen und Genossen, die wunderbar die Sprache der dort lebenden Menschen sprechen und genau dort unserer Politik ein vertrauensvolles Gesicht geben. Es ist notwendig, dass wir uns gegenseitig den Raum geben. Den Platz in der Partei. Dass wir uns auseinandersetzen: sachlich und fair. Und dann gemeinsam rausgehen und für die eine Sache kämpfen: Für eine starke Linke und eine sozialere Politik in diesem Land!

Ich sag es offen: Ich will nie, nie wieder hören, dass diese oder jene Kraft in unserer Partei keinen Platz hätte. Ich sage es noch deutlicher: Das ist für mich Angst vor der Auseinandersetzung um den richtigen Weg! Und hören wir endlich auf, um des innerparteilichen Sieges Willen gegen den einen oder die andere obsiegen zu wollen. Mit solcher Selbstbeschäftigung haben wir in den letzten 25 Jahren zu oft unsere Zeit verbracht und öffentlich eingerissen, was so viele Genossinnen und Genossen in mühevoller Überzeugungsarbeit aufgebaut haben. Es gibt genügend außerhalb der Partei, die doch nur darauf warten. Wir müssen verstehen, dass wir uns damit nur selber schaden.

Wir sind eine linke Partei. Okay, man erwartet von uns, dass wir uns inhaltlich fetzen, also machen wir das auch. Aber gemeinsam: fair und solidarisch! Und dann, dann kämpfen wir gemeinsam für die beschlossenen Ziele: für eine sozialere, für eine demokratischere, für eine weltoffene und friedliche Politik, liebe Genossinnen und Genossen!

Gerade den Frieden muss ich an dieser Stelle herausstellen. Wir leben in unfriedlichen Zeiten. Ob in der Ukraine, in der arabischen Welt, in Afrika oder Asien: Weltweit gibt es mehr Krisenherde als jemals zuvor in der Geschichte. Weltweit sind so viele Menschen auf der Flucht wie seit 1945 nicht mehr. Fast 60 Millionen Menschen. Nur wenige finden den Weg nach Europa und nach Deutschland. In diesem Jahr sollen es nach aktuellen Schätzungen 800.000 Menschen sein. Die allermeisten fliehen vor Krieg, Terror und Verfolgung.

Liebe Genossinnen und Genossen,

die Menschen, die zu uns kommen, nehmen bei der Flucht aus ihren Ländern erhebliche Risiken auf sich. Viele flüchten, weil sie etwas Besseres als den Tod suchen. Das Bild des kleinen Aylan, eines kurdischen Flüchtlingskindes, dessen Leichnam an die Küste der Türkei gespült wurde, hat das Flüchtlingsdrama erst vor wenigen Tagen wieder in das kollektive Bewusstsein gezwungen. Keiner kann wegschauen: Aylan wurde nur so alt, wie mein kleiner Sohn gerade geworden ist: drei Jahre. Er starb vor den Küsten Europas. Wie so viele Menschen in den letzten Jahren.

Es ist geradezu zynisch, wenn man auf die humanitäre Krise nun mit repressiven Maßnahmen reagiert: Der eine will Flüchtlingsboote versenken. Der andere fordert härtere Strafen für Schlepper. Die dritten wollen – wie die Koalitionsspitzen aus CDU, CSU und SPD – das Taschengeld für Asylsuchende streichen. Wenn die europäische Politik aber angesichts des Flüchtlingsdramas mit dem Finger auf die Schlepper zeigt, dann zeigt ein Finger auf sie und die organisierte Unmenschlichkeit des Grenzregimes der EU zurück.

Glaubt jemand ernsthaft, dass Menschen, die den Tod fürchten müssen, zu Hause bleiben, weil sie hier kein Taschengeld bekommen? Glaubt jemand ernsthaft, dass Menschen, die das Schlimmste gesehen haben, sich von Stacheldrahtzäunen abschrecken lassen?

Geschlossene oder offene Grenzen machen keinen Unterschied bei der Frage, ob sich Menschen in Not auf den Weg nach Europa machen. Aber es macht sehr wohl einen Unterschied, ob die Menschen hier lebend bei uns ankommen! Wir brauchen deshalb endlich legale Fluchtwege nach Europa, damit nie, nie wieder ein Flüchtlingskind auf dem Weg nach Europa den Tod findet! Was wir also brauchen sind Fähren statt FRONTEX!

Aber auch die schrecklichen Bilder innerhalb der EU, aus Ungarn führen uns vor Augen, dass es so nicht weitergeht. Die Probleme lassen sich auch nicht dadurch lösen, dass abwechselnd der Zugverkehr zwischen verschiedenen europäischen Ländern eingestellt wird. Selbst Bundeskanzlerin Merkel hat inzwischen erkannt, dass das Flüchtlingsabwehrsystem zusammengebrochen ist.

Bei allen Meinungsunterschieden sei festgestellt: Die Kanzlerin hat Realitätssinn - im Gegensatz zum sächsischen CDU-Fraktionsvorsitzenden und zum sächsischen CDU-Generalsekretär, die zusammen mit der AfD von geschlossenen Grenzen träumen, DIESE sächsische CDU gehört genauso wenig zu Europa wie Herr Orbán!

Seien wir aber auch ehrlich uns selbst gegenüber: Niemand hat für das, was in den nächsten Monaten und Jahren noch auf uns zukommt, ein Patentrezept oder einen Masterplan, auch wir nicht! Als LINKER sage ich: Ein Deutschland, das unter Regie von Herrn Schäuble in der Finanzkrise die halbe EU in die Knie gezwungen hat, ist jetzt nun mal in der Rolle des Stärksten, der die größte Verantwortung zu tragen hat.

Ja, liebe Genossinnen und Genossen, es kommen auch Menschen zu uns, die nicht aus politischen Gründen ihre Heimat verlassen. Konservative bis rechtspopulistische Politik spricht von ihnen als „Wirtschaftsflüchtlinge“, als „Glücksritter“. Jedoch flüchten sie aus ihrer Heimat auf Grund von Armut, fehlender Lebens- und wirtschaftlicher Perspektive. Übrigens auch aus einer Region, deren Katastrophen in den neunziger Jahren und Folgekrisen heute auch mit der seinerzeitigen verfehlten Anerkennungs politik der deutschen Bundesregierung zu tun haben. Bevor also wieder in abfälligem Tonfall über Leute vom „Westbalkan“ schwadroniert wird, ist Geschichts-Nachhilfe fällig!

Ich weiß, dass alle Vergleiche immer hinken, aber waren es nicht Tausende von Menschen, die gerade den Osten Deutschlands und damit auch Sachsen verlassen haben, weil sie hier keine Perspektive hatten? So wie mein ältester Sohn mit seiner Frau gegangen ist, weil es keine Arbeit und keine Lehrstellen gab.

Ja, wir wissen, dass das Asylrecht für Menschen, die wegen Armut oder wirtschaftlicher Not ihr Land verlassen, keine Perspektive bietet. Umso wichtiger sind jedoch zwei Dinge:

Zum Ersten: Wir brauchen für Menschen des „Armutsgürtels“ der EU, wie Bodo Ramelow diese Länder zutreffend genannt hat, eine Möglichkeit, legal ihre Chance bei uns zu suchen. Es scheint sich in diese Richtung ja was zu bewegen, das begrüße ich. Aber an die Adresse der Bundesregierung sage ich: Einwanderung muss möglich sein jenseits der reinen Verwertungslogik.

Zum Zweiten: Wir müssen endlich Fluchtursachen bekämpfen!

Die westliche Welt muss endlich aufhören, an den Krisen, Kriegen und Konflikten in allen Teilen der Welt mitzuverdienen. Wie kann es sein, dass ein Land wie Deutschland einer der größten Waffenexporteure der Welt ist? Wir müssen die deutschen Waffenexporte endlich

verbieten! Und den Beschäftigten in den Unternehmen eine andere wirtschaftliche Perspektive geben, dass nennen ich Verantwortung von Links.

Liebe Genossinnen und Genossen,

ich habe jetzt über Fluchtursachen gesprochen, also: Weltpolitik. Europapolitik. Bundespolitik. Sachsen ist nicht aus der Welt gefallen, sondern fester Bestandteil. Gerade in diesen Zeiten sehen wir, dass weltweite Entwicklungen uns unmittelbar betreffen, auch Sachsen verändern.

Aus aller Welt kommen – aus unterschiedlichen Gründen – derzeit Menschen in den Freistaat. Viele von ihnen haben auf ihrer Flucht Schreckliches erlebt. Irgendwie kommen sie dann hierher nach Sachsen, nach Schneeberg, Döbeln, Heidenau, Freital, Meißen, Bautzen, Dresden.... Und? Vor ihren Unterkünften erwartet sie mancherorts ein Mob.

Ist eigentlich schon mal jemand auf die Idee gekommen, „Asylkritiker“ als Unwort des Jahres vorzuschlagen? Oder „besorgte Bürger“? Seit fast einem Jahr ist Sachsen das Kernland von PEGIDA. Diese Bewegung geht gegen eine vermeintliche „Islamisierung“ auf die Straße.

Ich will, weil wir heute VertreterInnen des Deutsch-kurdischen Freundschaftsvereins in unseren Reihen begrüßen dürfen, einmal daran erinnern, was Bachmann und Konsorten eigentlich zum Anlass nahmen, um auf die Straße zu gehen. Es war eine Solidaritätsdemonstration für den kurdischen Widerstand gegen den IS, weshalb Bachmann zur Demonstration aufrief. Ich frage mich ganz ernsthaft: Wie bescheuert, wie dumm muss man eigentlich sein, um in einem Zeichen der Solidarität für diejenigen, die gerade wirklich gegen den religiös begründeten Fundamentalismus des IS kämpfen, eine bedrohliche „Islamisierung“ zu sehen?

Aber das zeigt auch die Gleichmacherei alles vermeintlich „Fremden“ bei PEGIDA. Es geht denen eben nicht um religiös begründeten Fundamentalismus. Es ging denen von Anfang an um „die Ausländer“, die ihre kleine Behaglichkeit zwischen Eierschecke und Bliemchengaffe angeblich bedrohen. Es ging ihnen von Anfang an darum, gegen einen angeblichen „linksgrünen Mainstream“ auf die Straße zu gehen. Es ging ihnen von Anfang an um den Kampf gegen Linke im Allgemeinen. Es kann also kaum verwundern, dass wir als Partei an PEGIDA keine Anknüpfungspunkte finden konnten. Wer uns als „Linksfaschisten“ schmäht, mit dem setze ich mich doch nicht noch an einen Tisch.

In der Partei, egal ob auf der Landes- oder der regionalen Ebene, haben wir bei dem Thema klare Kante gezeigt. Wir haben oft maßgeblich mit den Gegenprotest organisiert. Waren und sind auf der Straße. Haben Gesicht und Haltung gezeigt. Dadurch erfahren wir auch neuen Zuspruch.

Leider haben sich auch Menschen von uns abgewandt, wegen unserer klaren Haltung beim Thema: Geflüchtete. Es gibt eine politische Zuspitzung im Land. Die Menschen müssen sich wieder klar entscheiden bei politischen Fragen: Dafür? Oder Dagegen? Das haben auch wir mit beflügelt.

Gleichwohl: ich weiß auch, dass es eine Phase gab, in der Menschen bei PEGIDA mitliefen, denen es um ganz andere Dinge ging. Einer rief mich an und erzählte, er liefe jetzt so lange bei PEGIDA mit, bis der Kleinklärangenzwang endlich aufgehoben werde. Ja, eine Resignation vor der herrschenden Politik trieb auch Menschen zu PEGIDA, die es vielleicht nicht rassistisch meinten. Das ändert aber nichts an der Tatsache, dass PEGIDA immer eine

im Kern rassistische Veranstaltung war, mit der wir nichts, aber auch gar nichts zu tun haben können.

Liebe Genossinnen und Genossen,

wir kämpfen nicht an der Seite derer, die Resignation angesichts der herrschenden Politik dazu nutzen, um Stimmung und Front gegen Schwächere in dieser Gesellschaft zu machen, und Menschenfeindlichkeit zu propagieren! Umso erbärmlicher die Reaktion der CDU auf diese Bewegung. Erst hat man sie ignoriert. Dann verharmlost. Danach sogar mit PEGIDA-Spitzenleuten geredet. Herr Ulbig verweigert ja bis heute die Antwort auf die Frage von André Schollbach, wo das Gespräch stattgefunden hat. Vielleicht in den geheimen Räumen des Verfassungsschutzes? Die CDU geführte Staatsregierung hat lieber „die Sorgen und Nöte“ dieser Leute ernster genommen, als die berechtigte Angst derer, die sich von PEGIDA bedroht sehen. Die CDU in ihrer Haltung und Uneindeutigkeit hat einen maßgeblichen Anteil daran, dass die Stimmung im Land gekippt ist.

Rassistische Anfeindungen, Demonstrationen und Übergriffe auf Asylsuchende, Andersaussehende und Andersdenkende sind wieder an der Tagesordnung, oder um genauer zu sein: Sie sind wieder im öffentlichen Bewusstsein, denn weg waren sie in Sachsen nie. Bis August 2015 zählte die Polizei 337 rechtsmotivierte Angriffe auf Asylunterkünfte bundesweit.

Sachsen, liebe Genossinnen und Genossen, ist dabei der Hotspot: Allein 20 Prozent der Übergriffe im ersten Halbjahr dieses Jahres passierten in Sachsen. Da sind Meißen, Freital, Heidenau nicht einmal mitgerechnet.

Ich begrüße es ausdrücklich, dass der Ministerpräsident mittlerweile erkannt zu haben scheint, dass wir ein Problem mit Rassismus und Nazis im Freistaat haben. Es hat nur 25 Jahre gedauert, ehe er zu dieser Erkenntnis gelangt ist. Rechtsmotivierte Übergriffe sind in Sachsen seit langem traurige Realität, Teil unserer täglichen Erfahrungen. Viel zu lange hat die CDU in ihrer „Heilen Welt“-Erzählung von Sachsen diese Realität ausgeblendet. Jetzt wurde sie von ihrer eigenen Ignoranz eingeholt.

Dass allerdings, liebe Genossinnen und Genossen, der Ministerpräsident im Landtag klare Worte findet, aber keine 10 Minuten später der CDU-Fraktionsvorsitzende das genaue Gegenteil erzählt, kann nicht nur irritieren. Es empört.

Frank Kupfer meint - dort wo der Ministerpräsident vom Willkommen, von Miteinander und Hilfe spricht -, Muslime zwar für ihre mutmaßlich gesunde Lebensweise ohne Schweinefleisch und Alkohol zu loben, bescheinigt ihnen aber ansonsten Un-Integrierbarkeit in unsere Gesellschaft. In Zeiten, in denen der rechte Terror zurück auf der Straße ist, diagnostiziert er als Hauptfeind immer noch DIE LINKE, also uns! Liebe Genossinnen und Genossen, das ist keine Naivität, das ist rücksichtslose Reproduktion von Vorurteilen durch einen eingefleischten Ideologen. Lieber lässt er sich durch die Rechtspopulisten der AfD beklatschen, als für einen humanitären Grundkonsens die ausgestreckte Hand der LINKEN zu ergreifen. Mich macht das nur noch wütend. Genau in dieser Haltung zeigt sich eine Arroganz der politischen Eliten in diesem Land, von denen sich so viele nur noch mit Grausen abwenden.

Die ausgestreckte Hand bei diesem Thema allerdings, die ist notwendig. Ihr wisst, ich habe im Namen unserer Fraktion der Staatsregierung bei den Themen Asyl und Kampf gegen Rechts

eine Zusammenarbeit angeboten. Zusammenarbeit heißt dabei nicht parteipolitische Beliebigkeit. Aus diesem Grund hat ja auch die Fraktion ein 45 Punkte umfassendes Handlungskonzept zum Thema Asyl vorgelegt.

In einen solchen Prozess muss sich DIE LINKE mit einem klaren sozialistischen Profil einbringen. Eigene Marker setzen. Positionen gesellschaftlich mehrheitsfähig machen. Deswegen haben wir dem Landesparteitag aus Gründen der Aktualität den Antrag D 3 – „Asyl Herausforderungen annehmen“ zur Beschlussfassung vorgelegt, wofür ich um eure ausdrückliche Unterstützung werben möchte.

Was wir aber brauchen, ist ein parteiübergreifend organisierter Neustart für die Gesellschaft in Sachsen, denn die sächsische Demokratie ist krank, sie ist schwer krank! Drei Mal wurden in den vergangenen Monaten an verschiedenen Orten im Freistaat Versammlungen pauschal verboten. Die Ultima Ratio des Versammlungsrechts wurde gezogen, weil Sachsen offensichtlich nicht mehr in der Lage war, rechtsstaatliche Prinzipien aufrechtzuerhalten. Der Zweck jeder Staatlichkeit ist es, Grundrechte genau in besonderen Lagen, in Notsituationen zu garantieren. Wir haben es deshalb mit einem ganz klaren Staatsversagen zu tun.

Dieses Versagen kommt nicht aus heiterem Himmel: Wie lange warnen wir eigentlich schon davor, den öffentlichen Dienst zu schleifen, wie es die Staatsregierung insbesondere unter Ministerpräsident Tillich getan hat. Sein erklärtes Ziel war es, den öffentlichen Dienst auf 70.000 Beschäftigte abzubauen. Heimlich, still und leise hat er sich von diesem Ziel nach der Landtagswahl verabschieden müssen. Doch die Folgen dieser Politik, von seinem Sparminister Unland durchgepeitscht, sehen wir heute nicht nur bei der Polizei.

Man beteuert stolz, vor jeder Klasse würde auch im neuen Schuljahr eine Lehrerin oder ein Lehrer stehen, als müsste das keine Selbstverständlichkeit sein. In den Behörden des Freistaates müssen immer weniger Beschäftigte immer mehr Aufgaben übernehmen. Jede neue Sparrunde schneidet ins Fleisch. Das Bild vom „Primus des Ostens“, führt bei den Regierenden zu Selbstüberschätzung und Ausgrenzungserscheinungen. Der Mythos Sachsen wurde ständig erneuert und gepflegt.

Dabei werden Probleme regelmäßig mit patriotischen Parolen, Selbstlob und bräsigem Feierlichkeit übergossen, stets unter direkter Adressierung „der Sachsen“. Mir graut jetzt schon vor den Reden im Rahmen der Veranstaltungen im Rahmen der Feierlichkeiten zur Neugründung des Freistaates Sachsen, vor 25 Jahren!

Wenn wir das kritisieren, dann geht es uns nicht um ein oppositionelles „Höher, besser, weiter“, nicht um ein „Mehr“ um des „Mehr“ Willens. Es geht schlichtweg um die langfristige Garantie von Staatlichkeit, das organisierte Staatsversagen zu verhindern. Das ist doch eine Herausforderung des Freistaates in diesen Tagen! Gerade angesichts der Aufgaben, die vor uns stehen: Der Freistaat steht vor einer großen Integrationsleistung in den kommenden Jahren.

Wir müssen Menschen, die zu uns kommen, in unsere Gesellschaft aufnehmen. Wir müssen ermöglichen, dass sie das, was sie zum Leben brauchen, auch selber erarbeiten können. Wir müssen Sprachbarrieren abbauen. Wir müssen vermitteln, dass die Zeiten, in denen die sächsische Gesellschaft weitgehend homogen war, vorbei sind.

Der Gesellschaftswandel, der durch steigenden Altersdurchschnitt und regionale Entvölkerung auf der einen und Zuwanderung überwiegend junger Menschen auf der anderen

Seite eintritt, ist das zentrale Thema der nächsten Jahre. Wir müssen deswegen vermitteln, dass dieser Prozess eine Chance für Sachsen ist und keine Bedrohung.

Seit der Wende hat die Bevölkerung im Freistaat um 800.000 Menschen abgenommen. In diesem Jahr werden wahrscheinlich 40.000 zu uns kommen. Wie viele von ihnen dauerhaft in Sachsen bleiben wollen, wissen wir nicht. Platz in unserer Mitte ist genug.

Wir müssen das jedoch auch organisieren. Dazu gehört auch, die in vielen Köpfen existierenden Zukunftsängste anzugehen. Sich den Fragen zu stellen, wie es mit der individuellen „heimischen Welt“ weitergehen wird.

Ich habe einen Traum. Er beginnt mit einem realen Alptraum: Die sogenannte sächsische Ordnung hat viele Menschen ins gesellschaftliche Abseits gestoßen. Es sind die Hunderttausenden hier in Sachsen, die jahrelang vergeblich Arbeit suchen. Die keine Antworten auf ihre Bewerbungen erhalten.

Die in Zeit- und Leiharbeitsstrukturen wie billige Arbeitssklaven hin- und hergeschoben werden. Die von der Hartz-IV-Bürokratie perspektivlos gepeinigt werden, und sei es mit der Beanstandung des verwendeten Brennstoffs für den heimischen Ofen.

Mein Traum ist: Die Prekarisierten aller Länder, die sich nun auch in Sachsen in den Wartezimmern der Sozialbürokratie zusammenfinden, machen gemeinsame Sache. Denn der syrische Pizzabäcker, dem die Agentur für Arbeit mit europaweiter Vorrangprüfung die Chance auf selbstverdientes Geld raubt, und der hochqualifizierte deutsche Schweißer, der in unterbezahlte, unsichere Leiharbeitsverhältnisse gedrängt worden ist, haben ein gemeinsames Interesse: Ein selbstbestimmtes Leben in Menschenwürde!

Die Neoliberalen und Konservativen wollen diese Menschen gegeneinander ausspielen – wir demokratische Sozialistinnen und Sozialisten müssen sie zusammen bringen! Nur wir können die Überwindung einer entwürdigenden Jobcenter-Bürokratie zu einem gemeinsamen politischen Projekt aller Betroffenen machen, für Einheimische wie Eingewanderte! Nur wir können die Bekämpfung der vielfachen Umgehung und Aushöhlung des Mindestlohnes zu einem gemeinsamen politischen Projekt aller Betroffenen machen, für Einheimische wie Eingewanderte! Nur wir können die langfristige Versorgung mit ausreichend bezahlbarem Wohnraum zu einem gemeinsamen politischen Projekt aller Betroffenen machen, für Einheimische wie Eingewanderte!

Damit kann der Traum Stück für Stück irdische Wirklichkeit werden – gerade auch in Sachsen! Und warum können nur wir das, fragt ihr euch?

Weil wir, liebe Genossinnen und Genossen, immer die Partei waren, die sich für soziale Gerechtigkeit, soziale Sicherheit und sozialen Zusammenhalt eingesetzt hat, und das wird und muss bei Strafe unseres eigenem Untergangs auch so bleiben! Weil wir, liebe Genossinnen und Genossen, die Partei sind, die ihre politische Agenda immer an den Menschen und ihren Bedürfnissen ausgerichtet hat. Wir brauchen eine neue Solidarität in der Gesellschaft, und wir haben als sozialistische Kraft die Aufgabe, ein Konzept, eine realistische Erzählung eines Sachsens der Zukunft, eines Sachsens, wie wir es wollen, vorzulegen. Wir müssen den Menschen sagen, wie sich die Regionen in ihrer vorhandenen Unterschiedlichkeit entwickeln können.

Wenn wir wollen, dass in zwanzig Jahren in Großdittmansdorf oder in Rietschen noch die Kuh auf der Weide steht, dann müssen wir auch sagen, wer sie auf die Weide führen soll! Wir

müssen klar machen, dass wir den Rückzug des Staates aus seiner Verantwortung gegenüber den hier lebenden Menschen nicht zulassen werden. Wo Verwaltung, Lebensräume, Kultur und Bildung sich zurückzieht, da kann kein attraktives Lebensumfeld mehr bestehen.

Deshalb, liebe Genossinnen und Genossen, will ich, dass wir gemeinsam einen Kraftakt wagen. Lasst uns eine Alternative zur Entwicklung des gegenwärtigen Sachsens gemeinsam formulieren, so wie wir es vor 10 Jahren schon einmal gemacht haben. Lasst uns die Ideen bündeln und eine gemeinsame Erzählung, eine Perspektive für alle hier lebenden und zu uns kommenden Menschen entwickeln. Die Chance, die sich Sachsen bietet, ergreifen: Sozial gerecht, demokratisch, weltoffen. Lasst uns ein Aleksa 2.0 entwickeln!

Liebe Genossinnen und Genossen,

dieser Parteitag schlägt die Pflöcke ein, wie wir uns inhaltlich-strategisch und personell in den kommenden Jahren aufstellen wollen. Die kommenden zwei Tage werden von intensiven Beratungen geprägt sein. Hier in Neukieritzsch wollen wir die Strategie abstecken. In diesem Saal will übrigens auch die CDU am 14. November einen Parteitag abhalten. Man könnte sagen: Auch hier sind wir der Union in der Zeit voraus. Wir haben die Möglichkeit, dass von diesem Parteitag ein Signal des Aufbruchs ausgeht. Für die Partei, aber vor allem natürlich für die sächsische Gesellschaft. Nach Monaten, in denen Rechtspopulisten den öffentlichen Diskurs bestimmt haben, können wir LINKE wieder in die Offensive kommen. Wir haben nicht den Stein der Weisen in der Hand, aber einen sozialen Kompass im Kopf.

Heribert Prantl, die aufklärerische Edelfeder der „Süddeutschen Zeitung“, beginnt sein aktuelles Buch „Im Namen der Menschlichkeit: Rettet die Flüchtlinge!“ mit: „Wacht auf, Verdammte dieser Erde, die stets man noch zum Hungern zwingt.“

Liebe Genossinnen und Genossen, die „Internationale“ ist so aktuell wie nie zuvor. Den auch von Prantl angesprochenen Satz: „Die Internationale erkämpft das Menschenrecht“ sollten wir aber nicht nur singen, sondern im Alltag bis ins letzte Dorf Sachsens praktisch zur Anwendung bringen. Damit heben wir die bestehenden Strukturen aus den Angeln!

Ich wünsche unserem Parteitag intensive und faire Debatten und uns allen Kraft, Ausdauer und Erfolg bei den vor uns liegenden Aufgaben. Ich bin davon überzeugt: Am Ende des Parteitages kann es keine Sieger oder Verlierer geben. Weil wir immer nur gemeinsam gewinnen oder gemeinsam verlieren!

Glück auf!